

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligationsorgan für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Glaser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einheit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementspreis pro Quartal M. 1 (ohne Postgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,45.

Herausgeber u. verantwortl. Redakteur i. Ver. F. Pachlow, Hamburg. Redaktion und Expedition: Hamburg 5, Brennerstraße 11, 1. Etage.

Rechts-Anzeigen für die dreigespaltene Beilage oder deren Raum 30 A. Zeitungs-Preisliste Nr. 8888.

Inhalt: Die Arbeiter im Kampfe um's Recht. — Aus dem Reichstage. — Wirtschaftliche Rundschau. — Anträge des Verbandes vorstehend für den nächsten Verbandstag: Kartellvertrag zwischen den Zentralverbänden der Bauarbeiter, Maurer und Zimmerer. Krankenunterstützung. — Maurerbewegung; Streiks, Ausperrungen, Wohnregelungen. — Versammlungen und sonstige Bewegung. — Vom Bau; Unfälle, Arbeiterbeschwerden, Subventionen etc. — Aus Unternehmenskreisen. — Aus anderen Berufen. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Zentralverband der Maurer. — Zentral-Krankenkasse. — Anzeigen.

ultramontane Arbeitsherren und sonstige reaktionäre Autoritäten, sondern auch „liberale“ haben die rücksichtslose Unterdrückung der Wahlfreiheit der Arbeiter sich angelegen sein lassen. Unausgesetzt müssen die Arbeiter kämpfen um die freie Ausübung ihres Wahlrechts, gegen einen infamen Terrorismus, der unter dem Vorwande „staatsbehaltender“ Politik sie zu Wahlflaven degradieren will. Mehr noch, ihr Wahlrecht selbst muß die Arbeiterklasse verteidigen gegen die offenbare Absicht der reaktionären Parteien, ihr dieses Recht gänzlich zu rauben, sie gesetzlich politisch zu entrechten.

Wirten Arbeiterschaft zu verhandeln, ist Grundtat der meisten Unternehmerverbände, die überhaupt zwecks Vergewaltigung der Arbeiterorganisationen und Arbeiterbewegung sich nicht entbliden, die schlimmsten terroristischen Mittel anzuwenden.

Die Arbeiter im Kampfe um's Recht.

„Im Kampfe mußt Du dein Recht finden.“ Dieses Wort des hervorragenden Rechtslehrers Rudolf v. Thiering ist von allgemeiner Gültigkeit. Ganz besonders aber und in erster Linie ist es anwendbar auf die Arbeiterklasse. Die Erfahrung ist sehr alt, daß mit der rein formalen gesetzlichen Gewährleistung von Rechten und Freiheiten an eine seither mehr oder weniger rechtlose und unterdrückte Gesellschaftsklasse noch durchaus nicht die ungehinderte Ausübung dieser Rechte und Freiheiten sichergestellt ist. Die Regel ist die, daß die gesetzliche Sanktion der Theorie des Rechtes der Anerkennung seiner praktischen Anwendung vorausgeht. Die herrschenden Gesellschaftsfaktoren suchen unter Geltendmachung ihrer rechtlichen und politischen wie wirtschaftlichen Uebermacht diese Anwendung zu verhindern, sobald sie von derselben einen Eingriff in ihre Sonderinteressen befürchten. Wirklicher oder vermeintlicher Interessengegensatz führt jene Faktoren zur Aufhebung gegen das gesetzlich sanktionierte Recht. Diese Aufhebung zwingt ganz naturgemäß die davon Betroffenen zum Kampfe für ihr Recht, zu seiner Verteidigung. Um Gründe zur „Rechtfertigung“ ihrer Aufhebung sind die herrschenden Faktoren nie verlegen; sie schänden festerlich auf die „Geltigkeit des Rechtes“; sie versichern, weit davon entfernt zu sein, das „Recht selbst“ antasten zu wollen; ihre Absicht sei lediglich darauf gerichtet, „im Interesse des Rechtes“ seinen „Mißbrauch“ zu verhindern — worunter sie immer jeden ihren Interessen widerstreitenden Gebrauch des Rechtes verstehen.

Dasselbe ist der Fall mit dem Koalitionsrecht, ohne welches die wirtschaftliche Gleichberechtigung völlig illusorisch ist. Als die Arbeiter kaum angefangen hatten, gewerkschaftliche Organisationen zu gründen, das Koalitionsrecht zu gebrauchen; als es noch keine nemenswerten Streiks gegeben hatte, forderten „liberale“ Zeitungen bereits die Deseitigung des Koalitionsrechtes, verbanden sich „liberale“ Unternehmer zu dem offen ausgesprochenen Zwecke, die Bildung von Arbeiterorganisationen unter allen Umständen zu verhindern, sie durch Vereinigungen der Unternehmer energisch zu bekämpfen. In einem diesbetreffenden Aufrufe, den rheinische Industrielle im September 1869 von Köln aus erließen, war gesagt: die Arbeitgeber müßten eine Vereinbarung dahin treffen, jeden Arbeiter, der einer gewerkschaftlichen Organisation beitrete, von jeder deutschen Arbeit auszuschließen! Auf dem Kongreß der Sozial- und Wirtschaftsreformer in Eisenach 1873 erhob Professor Schmoller die Klage: daß der nackte Egoismus der Unternehmer die Wiederanhebung der Koalitionsfreiheit fordere und damit „das Recht der freien Ausbeutung des wirtschaftlich Schwachen“ verlange.

Aber die Arbeiter ließen sich nicht irren machen, nicht einschüchtern; sie ermateten nicht im Kampfe für ihr Recht, überzeugt, daß, möge dieser Kampf auch noch so schwer sein, sie schließlich doch Sieger bleiben müßten. In einigen Gewerben haben sie thätigst bereits erreicht, daß die Arbeiterorganisationen als gleichberechtigter Vertragsfaktor von den Unternehmern anerkannt und daraufhin Kartellgemeinschaften, überhaupt kollektive Arbeitsverträge zwischen Unternehmern und Arbeitern, geschaffen wurden. Unsere Leser wissen, daß auch im deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe der Gedanke propagiert wird, den Arbeiterorganisationen die Anerkennung nicht länger zu versagen, mit ihren Vertretern zu verhandeln. Einige Vereine dieses Bundes sehen ja auch seit einigen Jahren in einem Vertragsverhältnis mit den in Betracht kommenden Vereinen unseres Verbandes.

Einen solchen Widerstreit, einen Kampf um's Recht zwischen Gesellschaftsklassen erleben wir seit mehr als drei Jahrzehnten in Deutschland. Die Entwicklung der modernen Rechts- und Wirtschaftsordnung führte mit zwingender Notwendigkeit zur Anerkennung der „Freiheit der Arbeit“, der wirtschaftlichen und politischen Gleichberechtigung des Arbeiters und in logischem Zusammenhang damit zur gesetzlichen Gewährleistung all der Rechte und Freiheiten, deren es zur praktischen Geltendmachung dieser Gleichberechtigung bedarf: des Koalitionsrechtes, des Vereins- und Versammlungsrechtes, des Rechtes der Freizügigkeit, des Wahlrechtes etc.

Die Regierungen, die Polizei, die Justiz erlagen den Einsüssen des Unternehmertums; sie unterstützten dasselbe in der Bekämpfung der Arbeiterorganisationen und der Unterdrückung der Koalitionsfreiheit. Die gewerkschaftlichen Organisationen wurden ein Gegenstand unterhördlicher Epithanen und Maßregelungen, und mehr als einmal wurde — man denke nur an die Zuchttausgesetzvorlage — die Gesetzgebung angegangen, die Hand zur Vernichtung des Koalitionsrechtes zu bieten. Drei Jahrzehnte hindurch haben die deutschen Arbeiter, um ihr Koalitionsrecht ausüben zu können, den Kampf für dieses Recht selbst mit äußerster Anstrengung und unter schweren Opfern führen müssen: Das organisierte Unternehmertum hielt, pochend auf die Hilfe der öffentlichen Gewalten, fest an den Anschauungen der Vergangenheit, an den Mißbräuchen der alten Herrschaftsverhältnisse. Es widersprach der rechtlich sanktionierten „Freiheit des Arbeitsvertrages“ und behauptete als sein sein „gutes Recht“, die Arbeitsbedingungen willkürlich vorzuschreiben. Es gerichte sich als Arbeitsherrenthum, dessen willkürlichen Entschlüssen der Arbeiter unweigerlich sich zu fügen habe. Das nannten sie Geltendmachung ihrer „Autorität“. Der Arbeiter sollte bei Feststellung der Arbeitsbedingungen nichts mitzureden haben, und vollends wollten die Unternehmer das Bemühen der Arbeiterorganisationen, kollektive und einheitliche Arbeitsverträge zu Stande zu bringen, nicht gelten lassen.

Jetzt hat sich ein bedeutender Vorgang im Berliner Brauereigewerbe ereignet. Zwischen der Organisation der Unternehmer, und der Brauereiarbeiter sind wichtige Vereinbarungen getroffen worden, die in der Hauptsache dahin gehen: Ein von Vertretern beider Theile gebildetes Einigungsamt soll alle Streitigkeiten schlichten, welche die Arbeitsverhältnisse im Allgemeinen oder im Einzelnen betreffen; es tritt zusammen auf Antrag einer der vertragschließenden Vereinigungen. Alle die der Vereinigung angehörenden Unternehmer bezw. Arbeiter sind verpflichtet, die bewirkten Einigungen und Vergleiche anzuerkennen und die Arbeiterorganisationen haben mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für Durchführung der Vergleiche Sorge zu tragen. In einem Paragraphen ist wörtlich bestimmt:

Die betreffenden gesetzlichen Deklarationen haben die Verächter und Repräsentanten der herrschenden Interessen stets gelten lassen; ja, sie haben sich derselben unter Verzicht auf die „Grundzüge des Liberalismus“ nicht selten gerühmt. Oft genug sind Wortführer und Organe des Liberalismus mit der Erklärung hervorgetreten; alle die erwähnten Rechte und Freiheiten verdanke die Arbeiterklasse einer liberalen Gesetzgebung. Das ist allerdings abgesehen vom Reichstagswahlrecht, welches der politischen Zweckmäßigkeitserwägung des Fürsten Bismarck entsprungen ist — wahr. Aber derselbe Liberalismus ist, sobald seine politischen und wirtschaftlichen Sonderinteressen in Frage kommen, stets im Bunde mit den schlimmsten Reaktionären befreit gewesen, der Arbeiterklasse den Gebrauch ihrer Rechte und Freiheiten zu erschweren und unmöglich zu machen. Nicht nur konservative und

Auf diesem Standpunkt steht ein großer, wo nicht der größte Teil der Unternehmer noch heute. Sie welfen jeden Versuch der organisierten Arbeiterschaft, am Zustandekommen des „freien Arbeitsvertrages“ mitzuwirken, als einen unbesugter Eingriff in die Autorität des Arbeitgeber's entschieden zurück. Unter keinen Umständen mit Vertretern der organi-

Die Zugführigkeit zu einer politischen Partei, Gewerkschaft oder Vereinigung soll jedoch ebenso wenig einen Grund zur Entlassung von Arbeitnehmern geben, wie die Thätigkeit oder Agitation für eine der vorgezeichneten Organisationen außerhalb des Betriebes, es sei denn, daß sich betreffende Arbeitnehmer dabei einer Verhöhnung oder Beschädigung seines Arbeitgeber's bezw. derjenigen Arbeitgeber's, welche zur Einstellung und Entlassung von Arbeitnehmern berechtigt sind, oder einer absichtlichen Schädigung der geschäftlichen Interessen seines Arbeitgeber's schuldig gemacht hat.

Eine weitere Vereinbarung betrifft die Bestimmung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches: die Lohnzahlung während unverschuldeter Arbeitsverhinderung. Selber ist ja, wie bekannt, diese Bestimmung nicht zwingendes Recht; ihre Anwendung kann durch Vertrag ausgeschlossen werden. In der Vereinbarung sind den Arbeitern weitgehende Zugeständnisse gemacht. Die wichtigsten derselben sind folgende:

Arbeitnehmer, welche infolge von Krankheit arbeitsunfähig sind, erhalten bis zur Dauer von drei Tagen der ihnen zulebenden Lohn fortgezahlt. Erkrankte Arbeitnehmer mit mindestens halbjährigem Dienstatte, erhalten vom vierten Tage ihrer Arbeitsunfähigkeit ab auf die unter näher bestimmte Zeit drei Viertel des ihnen bei Beginn der Erkrankung zulebenden Lohnes fortgezahlt, wenn sie Frau oder Kind zu ernähren haben, und zwei Drittel des Lohnes, wenn dies nicht der Fall ist. Die Zeit, auf welche diese Lohnfortzahlung gewährt wird, bemittelt sich nach dem Dienstatte des Arbeitnehmers und beträgt: bei halbjährigem Dienstatte 4 Wochen, bei einjährigem Dienstatte 12 Wochen, bei dreijährigem Dienstatte 20 Wochen. Bei Arbeitnehmern, welche ihrer gesetzlichen Krankenversicherungspflicht bei solchen Krankheitsfällen genügen, deren Erkrankungen die Krankenunterstützungen auf eine geringere Zeit als 20 Wochen beschränken, endet auch die Fortzahlung des Lohnes mit Ablauf dieses geringeren Zeitraumes.

Arbeitnehmer, welche zur Ableistung ihrer militärischen Dienstpflicht einberufen werden, scheiden damit aus dem Dienstverhältnis bei der Brauerei aus. Arbeitnehmer, welche zu militärischen Übungen eingezogen werden, erhalten während der Dauer der Werbung, höchstens jedoch für die Zeit von acht Wochen, drei Viertel des ihnen bei Beginn der Werbung zuzurechnenden Lohnes fortgezahlt, wenn sie Frau oder Kind zu ernähren haben; und zwei Drittel des Lohnes, wenn dies nicht der Fall ist. Ein Abzug der den Arbeitnehmern während der Dauer der Werbung zuzurechnenden militärischen Kompetenzen und Familienunterstützungen. (Gesetz vom 10. Mai 1892) findet nicht statt.

Wird ein Arbeitnehmer, abgesehen von den in §§ 2 und 3 behandelten Fällen, durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden für eine die Dauer eines Tages nicht überdauernde Zeit an der Arbeitsleistung nachweislich verhindert, so wird ein Lohnabzug nicht gemacht, sofern nicht der Arbeitnehmer anderweitig Entschädigung für den gebotenen Zeiterlust erhält. Dauert die Verhinderung über einen Tag hinaus nachweislich an, so gilt das Gleiche. Doch wird die Lohnfortzahlung in keinem Fall länger als für drei Tage gewährt. Als Beispiele der Verhinderung gelten unter anderem: Verkehrsbehinderung, Jugeruptationen, Teilnahme an Kontrollversammlungen oder öffentlichen Wahlen, Ausübung des Amtes als Weisiger eines Gewerbegerichtes, eines Schiedsgerichtes oder dergleichen, Wahrnehmung gerichtlicher oder polizeilicher Termine, bei welchen das persönliche Erscheinen unumgänglich ist; plötzlicher Todes- oder schwerer Erkrankungsfall eines dem Hausstande angehörenden Familienmitgliedes.

Diese Vereinbarung entspricht durchaus dem Sinne, welche die Gesetzgebung dem § 116 des Bürgerlichen Gesetzbuches gegeben wissen wollte.

In diesen Vereinbarungen haben wir ein sehr beachtenswerthes Beispiel, wie das Verhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern unter gebührender Berücksichtigung der einschlägigen berechtigten Interessen, freiwillig und gütlich zu regeln ist. Die Anerkennung der Gleichberechtigung von Unternehmern und Arbeitern steht obenan und damit findet zugleich die Arbeiterorganisation nach dem Prinzip der Koalitionsfreiheit und der politischen Ungebundenheit Anerkennung. Auch im Berliner Bauergewerbe gingen diesem Verhältnis heftige Kämpfe voraus. Das Resultat dieser Kämpfe darf die Arbeiterschaft mit Genugthuung erfüllen und die Unternehmer brauchen sich wahrlich nicht zu schämen, daß sie, der Erfahrung und besseren Ueberzeugung Rechnung tragend, ein gutes Beispiel gegeben haben. Im Kampfe um's Recht kann den Arbeitern nimmer der Erfolg fehlen, wenn sie ihn führen, gestützt auf eine starke Organisation. Doch dürfen sie durch Erfolge sich nicht gleichgültig gegen ihre Organisation machen lassen, denn jede ihrer Ererugenschaften steht und fällt mit ihrer Organisation.

Aus dem Reichstage.

Berlin, den 17. Januar.

Die Weinausschreien der Reichstagsabgeordneten sind beendet. Am 13. d. M. hat die parlamentarische Tätigkeit wieder begonnen. Die erste Arbeit war dem Ausschusse des Politischen Reichstages. Auf der Tagesordnung steht die Beratung der zum Vortrage gestellten Resolutionen von Wome der Reichstagen. An erster Stelle steht eine von der Kommission beschlossene Resolution, betreffend die Zersetzungs- und die Verwertung des Tabaks, die von dem national-liberalen Abgeordneten Herrmann begründet wurde. Die Sozialdemokraten Erhardt, Werner, Wollenbucht und v. Elm weisen auf die kleinen Tabakbauern hin, die sich bringt, und weisen weiter auf die Maßnahmen hin, die geeignet sind, die Tabakindustrie, insbesondere die Tabakarbeiter, zu schädigen. Die Resolution geht nicht mit großer Mehrheit angenommen, dafür stimmten auch die Sozialdemokraten.

Eine Resolution der Volkswirtschaft will die Regierung festlegen, in Bezug auf Petroleum in keinerlei vertragsmäßige Verbindlichkeiten anderen Staaten gegenüber einzugehen. Die verbündeten Regierungen sollen mit möglichst weitestgehender in eine herabgesetzte Zollsätze für Rohpetroleum und gereinigtes Petroleum die Schaffung einer inländischen Raffinerieindustrie möglich und wirtschaftlich geboten sei. Abg. Wurm (Sozialdem.) wies in längerer Rede nach, daß das Projekt der Ueberführung einer inländischen Raffinerieindustrie nicht erwidern, daß man das Rohpetroleum zu einem geringeren als dem höchsten Zollsatze belegen sollte. Der Zoll für gereinigtes Petroleum beträgt jetzt 6 A., so daß der Konsum für jeden Liter bereits heute 6 A. Zoll bezahlen muß. Die Industrie, die für die Schaffung einer deutschen Petroleum-Industrie mobil machen, verlangen damit einen rein agrarischen Zweck. Sie wollen den Brennspiritus nicht steuerfrei machen. Will sie den Brennspiritus nicht steuerfrei machen, so schreiben sie den Preis des Petroleum in die Höhe. (Esch) maßgeblich bei den Sozialdemokraten.) Sie wollen ihre Brennspiritusindustrie, die sich selbst durch die neuesten Erfindungen nicht haben retten können, künstlich heben. Diesem die breite Masse ausführenden Vorhaben wird, wie immer, ein nationales Mäntelchen umhängt. Die Regierung hat schon in der Kommission darauf hingewiesen, daß die Verpflanzung der Petroleum-Industrie in das Ausland uns keineswegs vom Ausland unabhängig macht, weil wir inländisches Rohpetroleum nicht so viel haben, wie wir brauchen, sondern auf

ausländisches angewiesen sind. Die Schaffung von Petroleum-Raffinerien würde die Belassung des deutschen Volkes um mindestens 90 Millionen steigern. Diese 90 Millionen würden in die Taschen jener Industriellen fließen, die durch Subsidate den Preis außerdem noch künstlich in die Höhe getrieben haben. Die Zollbelastung würde dann pro Liter nicht mehr 6 A., sondern 5 A. betragen. Damit sind ja die Herren Spiritusagrarier ihrem Ideal wieder einen Schritt näher gekommen. Gegen diesen Ausweg auf die Taschen des Volkes müssen wir uns kräftig wehren. — Gleichfalls gegen die Resolution sprachen die Abgeordneten Freese und Gotthein von der Freisinnigen Vereinigung, während die Abgeordneten Graf Franig (Konj.), Gehl zu Gerzshelm und Paasche (N. V.) sich sehr dafür ins Zeug legten. An namentlicher Abstimmung wurde die Resolution mit 162 gegen 70 Stimmen angenommen.

Zwei weitere Resolutionen der Volkswirtschaftlichen sollen die verbündeten Regierungen betreffen, vor der Erneuerung von Tarifverträgen: das Weißbrot und die Zuckerherstellung. Die Beratungen über diese Resolutionen wurden am Mittwoch begonnen und am Freitag beendet. Von der Mehrheitspartei wurde unversichert ausgesprochen, daß ihnen der Krieg mit Amerika erwünscht sei, so daß selbst der Staatssekretär Graf Posadowski eine gelinde Abwehr beabsichtigte. Von den Volkswirtschaftlichen Vereinigten (S. D.), Gotthein und Paasche (N. V.) und Gedh (N. V.) am Wort. Unser Genosse Verstein unterzog die Reden der Herren Gehl, Kanitz und Sped einer scharfen Kritik. Er betonte von vornherein, daß auch die Arbeiterklasse an günstigen Bedingungen für den deutschen Export in hohem Maße interessiert ist. An der Hand der Riffera über die Eins und Ausfuhr legte er dar, daß Amerika und selbst Argentinien im Falle eines Zollkrieges in der stärksten Position seien. Wir brauchen die amerikanische Rohbaumwolle, die mehr als sieben Zehntel unserer ganzen Rohbaumwoll-Einfuhr ausmacht, wir brauchen sein Petroleum und seinen Weizen, sein Schweinefleisch und sein Hopfen und ebenso wenig kann unsere Textilindustrie die argentinische Schafwolle, unsere Lederindustrie die argentinischen Gerbstoffe entbehren. Auf der anderen Seite können sich diese beiden Länder unsere Einfuhrartikel beschaffen von unseren Kontrahenten auf dem Weltmarkt bekommen. Nachdrücklich wies Verstein auf die allgemeinen politischen Folgen einer wirtschaftlichen Verärgerung Amerikas hin und stellte der Politik der reaktionären Vergebung der Völler, unsere Politik der Annäherung und der Solidarität der Nationen gegenüber. Schließlich wurde die Resolution der national-liberalen Hebragarier zurückgezogen und die Resolution (Sped) des Zentrums in namentlicher Abstimmung mit 141 gegen 67 Stimmen angenommen.

Es folgte alsdann die Beratung einer schon in der Kommission gestellten, dort aber abgelehnten Resolution der sozialdemokratischen Fraktion. Die Resolution geht dahin: den Herrn Reichstagsler zu eruchen, einen Gesetzentwurf baldigst vorzulegen, durch den unter-sagt wird, in Strafs, Verordnungen und Beschäftigungsanstalten, welche aus öffentlichen Mitteln unterhalten oder unterhalten werden, andere gewerbliche Arbeiten als solche für den eigenen Bedarf, für den Bedarf des Reichs, eines deutschen Staats- oder Gemeindeverbandes auszuführen, und den Verkauf gewerblicher Erzeugnisse für eigene Rechnung, für Rechnung des Reichs, eines deutschen Staats- oder Gemeindeverbandes zu niedrigeren als den markt-mäßigen Preisen stattfinden zu lassen.

Die Resolution wurde vom Abg. Waubert eingehend begründet; der Bewilligungseifer der Mehrheit war aber versloffen. Mit der Einrede, die Sache habe mit dem Politischen nichts zu thun, suchte man sich um den Kern herumzubriden; Wiederholt untersagt wurde die Forderung unserer Parteigenossen nur von dem Abg. Schrader (N. V.). Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen, einiger National-liberalen und Antijemiten wurde die Resolution abgelehnt.

Am Sonnabend stand zunächst eine Interpellation des Abg. Böckle (N. V.), betreffend Maßnahmen zur Feststellung des Begriffs „Walgerecht“, zur Verhütung. Der Reichstagsler hat bei der Beratung des Politischen beabsichtigt wiederholt erklärt, die verbündeten Regierungen würden in keinem Falle über Festlegung eines Mindestzollsatzes von 3 A. für Gerste hinausgehen. Der demnach erfolgte Umsatz für die Regierung sollte dann festgesetzt werden durch den Zoll für Malzgerste (Walgerecht) beträgt der Mindestzoll 4 A. Die Brauer sind nun natürlich darauf gespannt, wie in der Praxis die Brauergebot von der für Futterzwecke zu verwendenden unterschieden werden soll. Deshalb die Interpellation. Die Antwort, die der Staatssekretär Hr. v. Thielmann an Stelle des Reichstagslers gab, lang nach einigen Verlegenheitsfragen dahin aus, daß die Regierungen garnicht daran dächten, mit dem Zoll unter 4 A. herabzugehen. Der Herr Staatssekretär verneinte hohnlachend die früheren Erklärungen des Reichstagslers; es sehe jeder im Zollgesetz noch im Tarif, daß Futtergerste billiger tarirt werden solle als Braugerste. — Das Zentrum, die konservativen und die Wauerbinder waren von dieser Erklärung sehr befriedigt. Von den Volkswirtschaftlichen wurde das Verhalten der Regierung natürlich scharf gebremst.

Den Beschluß der vorwöchigen Sitzung bildete eine Resolution der Zentrumspartei, begründet von dem Abg. Gerold, die wiederum zeigt, daß die agrarischen Hilfstruppen im Anbringen unverschämter Forderungen den Quatern noch überlegen sind. Die Resolution fordert von der Regierung, daß in fünfjährigen Handelsverträgen die Höhe der Exporterzeugnisse und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse, insbesondere die Vieh- und Fleischzölle, nicht unter die bei der zweiten Sitzung des Politischen beschlossenen Höhe ermäßigen und sich bei den Handelsvertrags-Verhandlungen mit einem Stabe von agrarischen Sachverständigen ausrüsten solle. Herr Gerold meinte die alte Erpressungstaktik an und drohte mit Ablehnung der Handelsverträge, wenn die Regierung nicht Adequat pariren wolle. Dabei forderte er mündlich noch mehr, als schriftlich

niedergelegt war. Unter Anderem verlangte er von der Regierung, daß sie einen Weg offen in die Handelsverträge mit aufnehmen solle, bei in der Kommission durch ein Zusammenstoßen günstiger Umstände zu Fall gebracht worden war.

Nach der Begründung beabsichte es der Mehrheit, die Verhandlungen zu vertagen. Am Montag soll der Etat zur Beratung kommen.

Wirtschaftliche Rundschau.

(Aus dem Correspondenzblatt der General-Kommission). Die Reichsbank am Jahresabschluss. — Die Börsenflut. — Die Vereinigten Staaten. — England nach dem Krieg. — Deutschland: Allgemeines, Elektrizitätsindustrie, Schindlitz.

Soweit Banken und Börsen als Barometer dienen können, wäre der Jahreswechsel unter nicht ungewöhnlichen Umständen vollzogen worden.

Die großen europäischen Zentralbanken haben nirgends zu schärferen Vorkehrungsmaßnahmen zu greifen gebraucht, um sich gegen Lebensrisiken und Fährlichkeiten zu schützen. Die deutsche Reichsbank wurde zwar Ende Dezember in ganz außergewöhnlicher Weise in Anspruch genommen. In der vorletzten Dezemberwoche hatte sie noch eine steuerfreie Menge von 99,82 Millionen Mark, in der Woche darauf rücte sie mit mehr als 231 1/2 Millionen Mark in die Steuerpflicht. Der Metallbestand hatte sich um fast 83 Millionen vermindert, dagegen war der Zutrom von Wechseln um 102 Millionen stärker, der an Lombardforderungen um fast 116 Millionen stärker geworden. Nur der Septemberabschluss 1902 mit seiner plötzlichen Verschlechterung des Bankstatus um 424,17 Millionen übertrifft diesen Dezemberabschluss mit seinen 331 Millionen Mark. Aber gleich in der ersten Jahreswoche, setzte der Rückfluß von Anlagemitteln in solcher Stärke ein, daß zwar die Noten-Summe freiheit noch nicht wieder erreicht, jedoch jede Lebensrisikopannung gebunden ist; die Bestände an Wechseln und Lombardforderungen verminderten sich um nicht weniger als 202 Millionen (gegen nur 175 1/2 Millionen im Vorjahre); der Metallbestand hob sich um mehr als 37 Millionen.

An der Börse brannte man sich an Silvesterbesuchen sogar ein kleines Feuergeglück ab. Doch ließ man von vornherein auf das Nichttauen, daß man lediglich das große Publikum heranziehen wolle, das am Jahresanfang regelmäßig geldgieriger und darum anlagelustiger ist. Diese Ansicht ist geteilt, die berufsmäßigen Spekulanten sind abermals unter sich gebrochen und über bescheidenen Umläufe ist man daher nicht hinausgelangt. Auch die bürgerlichen Wähler gestehen das zu. So lesen wir im Wochenbericht der „Berliner Neuesten Nachrichten“, die allerdings den ihnen naheliegenden Montanaktienmarkt als erfreuliche Ausnahme hinstellen möchten: „Natürlich fehlt es nicht an den sogenannten in der Bewegung nötig ist, übergehen und nicht in feste Hände, die das im Interesse der Stetigkeit und Bindung in der Bewegung nötig ist, übergehen und nicht gar bald, wenigstens teilweise, an den Markt zurückzuführen und so die Tendenz nachtheilig beeinflussen, bleibt sehr fraglich, so lange eben das Geschäft durch Eingreifen des großen Publikums sich lebhafter gestaltet.“

Gestaltung sah man auch aus den Nachrichten über neue Spekulationsfeldzüge in den Vereinigten Staaten. Darnach hätte sich dort das tieferschütterte Vertrauen in die eigene Kraft wieder befestigt. Die vereinigten Vanderbilt- und Morgangruppen sollen die Kontrolle über die Philadelphia and Reading-Bahn durch die Lake Shore und die Baltimore and Ohio-Bahn erlangen, und in dem allen sieht man nur den Vorläufer zur Verbindung aller Atlanticbahnen zu einem Ring. Doch auch zu diesen Plänen gehört das Publikum, das an seine Spekulationsführer noch glaubt, und das allgemeine Konjunkturpessimismus noch fürchtet. Ob ein solcher Zustand in America nachmalig möglich ist, kann nur die Erfahrung und die Zukunft lehren. Erstauslich bleibt allerdings die robuste Widerstandsfähigkeit des amerikanischen Wirtschaftsorganismus, der natürlich fortgesetzt aus seine Anziehungskraft auf die Einwanderung aus dem weniger glücklichen Europa ausübt. Der Zutrom von Menschen überdriete alle früheren Riffern.

Auch aus England, das beabsichtigt ein schwächeres Arifenisches als Deutschland zeigt, lauten die Jahresberichts-lam der Friedensschluß in Südafrika, in der die Hoffnungen auf eine große wirtschaftliche Erschließung des ungenutzten Eroberungsgebietes sind bisher schmalblütig zu Schanden geworden. Jahre werden vergehen, ehe das Reich der Farmen wieder dichter geworden ist und ehe die Farmer, aus der bittersten Noth befreit, als Käufer europäischer Produkte werden auftreten können. Den Weg zu werken fehlt es an billiger Arbeiterzufuhr; die hundert-reiche Arbeit wollen sie nicht über eine gewisse Grenze hinaus ausdehnen, so daß hier der Aufschwung sofort mit bitteren Massen- und Massenlähmungen begonnen hat, die der Optimismus des anlagelustigen Kapitals immer wieder dampfen. Die englische Verwaltungen mag große Kulturwerke planen: Hafenbauten und Werksanlagen, ein Netz von Eisenbahnen, Straßen und Brücken; doch solche Pläne sehen eine umfassende Kenntnis des Landes, einen erfahrenen Beamtenapparat, endlich auch geordnete Finanzen und ein geregeltes Finanzverhältnis zwischen dem Mutterlande und der Kolonie voraus. Im Sandumdröhen wird hier auch nichts oder doch nicht viel geschehen können. So ist man längst nach dieser Richtung in England, und in Europa überhaupt, recht still und bedröhen in seinen Erwartungen.

Die Preise sind nach den jetzigen Jahresberichten auch in England 1902 bis auf die Modden heruntergegangen. Et brauce das einen doppelten Ausfall, da Eisen und Wolle als Rohstoffe hoch stehen bleiben. Es geht zu paß nach natürlich die Nachfrage der Vereinigten Staaten für Eisen und Kohle; theils infolge des amerikanischen Aufschwungs, theils infolge der Streiks. Auch das scharfe Zerarbeiten der Schiffstrachten steigerte die Exportationen. Doch müßte man hier sofort die Achse: die niedrigen Frachten sind die Folge der Schiffsbau-Produktion, die nunmehr auch zu einem rapiden Rückgang der Schiffsbau-Produktion führt. Schiffbau- und Eisenindustrie stehen jedoch in so unlosbar, entscheidendem Zusammenhang, daß der kleine Vortheil in den Frachten sich schließlich als großer Nach-

theil der Produktion entpuppte. Problem fällt die Export-... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

Wenn man in Deutschland die Mundschauen... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

Daß noch sehr viel Grund zum Meinmuth vorhanden... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

Die oft erwähnten Syndikatsstreitigkeiten haben... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

Die Sympathie... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

Die Sympathie... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

Die Sympathie... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

Die Sympathie... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

Die Sympathie... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

mindestens alle zwei Monate einmal, statt. Zur Protokol-... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

Bei der Agitation... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

Bei der Agitation... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

Bei der Agitation... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

Bei der Agitation... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

Bei der Agitation... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

Bei der Agitation... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

Bei der Agitation... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

Bei der Agitation... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

Bei der Agitation... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

Bei der Agitation... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

Bei der Agitation... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

Bei der Agitation... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

Bei der Agitation... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

Bei der Agitation... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

Bei der Agitation... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

Bei der Agitation... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

Bei der Agitation... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

§ 7. Die Ueberwachungskommission und Streikleitung... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

§ 8. Hat eine örtliche Organisation Beschwerden... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

§ 9. Sympathiestreiks können nur auf Antrag... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

§ 10. Für die Leitung und Unterstützung bei... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

§ 11. Berufskreise berufsfremder Arbeiter und... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

§ 12. Wenn einem Zweigverein mehr als zehn... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

§ 13. Die Aufnahme erfolgt unentgeltlich... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

§ 14. Die Bestimmungen (§§ 1-3) sind in... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

§ 15. Die Bestimmungen (§§ 1-3) sind in... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

§ 16. Die Bestimmungen (§§ 1-3) sind in... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

§ 17. Die Bestimmungen (§§ 1-3) sind in... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

§ 18. Die Bestimmungen (§§ 1-3) sind in... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

§ 19. Die Bestimmungen (§§ 1-3) sind in... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

§ 20. Die Bestimmungen (§§ 1-3) sind in... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

§ 21. Die Bestimmungen (§§ 1-3) sind in... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

Anträge des Vorstandes für den siebenten... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

Nachfolgend geben wir den Mitgliedern einen... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

Kartellvertrag zwischen den Zentralverbänden... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

(Ereignet zwischen den Zentralverbänden, vorbehaltlich... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

Krankenunterstützung.

Die Einführung einer Unterstützung in Krankheitsfällen... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

Wir haben in Ausführung dieses Beschlusses... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

Zunächst einige informelle Bemerkungen über die... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

a) Wie viel Maurer die Kasse als Mitglieder zählte;... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

b) wie viel von den Mitgliedern unter a) erwerbsunfähig... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

c) den Beginn und das Ende der Krankheit für jeden... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

Wir können mit Genehmigung konstatieren, daß wir... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

Von der Zentralkrankenkasse für Maurer... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

Das Material von den letztgenannten drei Kassen... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische... in's Gewicht; während im ersten Halbjahr 1902 die englische...

Table with 6 columns: Year (1893-1897), and 6 rows of data for different categories (Maurer, Zimmerer, etc.).

lassen- und Jahresbericht, welche von den Mitgliedern für richtig befunden wurden. Daraufhin wurde dem Kassier Decharge erteilt, indem die Kollegen sich von ihren Pflichten erheben. In den Vorstand wurden gewählt: Adolf Rosenthal, 1. Vorsitzender, Eduard Luran, 2. Kassier, Alsdann wurde Kollege Adolf Rosenthal als Delegierter zum 7. Verbandstage gewählt. Bei Stellungsanfrage zu der neuen Arbeitsbedingung verlangten einige Kollegen, der Vorstand sollte die Unterhandlungen mit dem Arbeitgeberbund etwas schneller bewerkstelligen, da sonst weil der Winter günstig ist, die angehenden Bauten bis zum März unter Dach kommen. Die Kollegen meinten dann, in eine Lohnbewegung nicht einreten zu können. Hierzu nahm der Gauvorsitzende, Kollege Schwarz, das Wort und ludie die Redenden zu zerschneiden; vorläufig müßten die Ergebnisse der Unterhandlungen abgemacht werden. Zur Gaukonferenz in Erling wurden die Kollegen Rosenthal und Weutter als Delegierte gewählt. Im Punkt „Verschiedenes“ wurden noch einige Sachen besprochen und erledigt und darauf die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf das Gelingen des Verbandes geschlossen.

Der Zweigverein **Denkhausen** hielt am 11. Januar seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Leider hatte es ein großer Teil Kollegen wiederum vorgezogen, nicht zu erscheinen. Es wäre doch wirklich einmal an der Zeit, wenn die Kollegen auch in Bezug auf den Versammlungsbuch ihrer Pflicht nachkämen. Der Kassier verlas die Abrechnung vom vierten Quartal, welche von den Mitgliedern und dem Vorstand bestätigt wurde. In den Vorstand wurden Adam Wagner als erster Vorsitzender und Konrad Giehard als erster Kassier gewählt. Als Delegierter zum 7. Verbandstag wurde der Kollege Sempel vorgeschlagen. Nach Erledigung einiger anderer Punkte wurde die Versammlung geschlossen.

Der Zweigverein **Deutsch-Krone** hielt am 4. Januar seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab, die von 21 Kollegen besucht war. Es wurde beschlossen, an die hiesigen Unternehmern folgende Forderungen zu stellen: Stundenlohn von 38 A, der gleichzeitig minimal sein soll; wöchentliche Lohnauszahlung am Ende der Woche; zehnstündige Arbeitszeit; Sonnabends um 5 Uhr Feierabend, mit Ausnahme der Reparaturarbeiten; für Überstundenarbeiten von 8 km Entfernung 3 A mehr; Kündigungskasse des Arbeitsverhältnisses soll ausgeschlossen sein. Des Weiteren entspann sich eine heftige Debatte über den Kollegen Wilhelm Junker. Es wurde beschlossen, den Junker aus dem Verbande auszuschließen, da er die Beiträge nicht mehr zahlen wolle und den Kollegen August Kruz mit einem Mauererfiat an den Kopf geschrien hat, wodurch 8 Tage krank war. Junker muß hierfür drei Wochen hinter Schloss und Riegel haben. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Der Zweigverein **Engeln** hielt, am Sonntag, den 4. Januar, seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab, welche sehr gut besucht war. Es wurde beschlossen: Wenn ein Mitglied wegen Schulden gestrichen werden muß und der Kollege zwei Monate später wieder eintritt, so soll er den ganzen rückständigen Beitrag und 6 A Strafe nachzahlen. (Dieser Beschluß dürfte mit dem Statut nicht in Einklang zu bringen sein. Die Redakt.) Diejenigen Kollegen, welche bei den organisierten Unternehmern in Arbeit treten, sollen sich 27 A Stundenlohn geben lassen, wogegenfalls sie aus dem Verband ausgeschlossen werden. (Womit will der Verein diesen Beschluß begründen? Red.) In den Vorstand wurden gewählt als Vorsitzender Otto Nief, als Kassier A. Gaube. Als Delegierter zum siebenten Verbandstag in Berlin wurde Hermann Neu in Liederminde gewählt. Der Witwe des verstorbenen Kollegen A. Nief wurden A. 10 aus der Lokalfasse als Unterstützung bewilligt.

Der Zweigverein **Erfurt** hielt am 18. Januar im „König von Preußen“ eine Generalversammlung ab. Der Kassier gab die Abrechnung vom 4. Quartal bekannt, worauf er durch die Versammlung einsetzt wurde. Kollege Schenk wies auf den Jahresbericht hin, der im Druck vorliegt und durch die Kassier an alle Mitglieder abgegeben wird, wodurch Jeder sich über die Tätigkeit der Verwaltung und Kassenverhältnisse genau informieren kann. Betreffend Vorstandswahl, bekräftigte Schenk, ihn als Vorsitzenden nicht wieder zu wählen, da er als Gauvorsitzender keine ganze Kraft der Agitation und der Geschäfte des Gaus widmen müsse. Die Versammlung folgte diesen Ausführungen und wählte den Kollegen N. Wägr als ersten Vorsitzenden. Als erster Kassier wurde Kollege Fritz Fuchs gewählt. Die Wahl eines Delegierten zum Verbandstage fiel auf Kollegen Schenk. Dadurch, daß wir in Erfurt einen höheren als den naturlichen Beitrag zahlen, waren wir in der Lage, den erkrankten Mitgliedern wöchentlich eine Unterstützung von A. 2 zu zahlen. Leider würden keine guten Erfahrungen gemacht, indem einige Kollegen es vorgezogen, bis zu A. 40 herauszuholen und dann der Organisation bei Mitleiden zu bleiben. Die Versammlung beschloß deshalb, vorläufig nur den statutenmäßigen Beitrag von 45 A zu zahlen und abzuwarten, was der Verbandstag über Krankenunterstützung beschließt. Alsdann wurden noch einige Kommissionen gewählt und weiter beschlossen, Anträge zum Verbandstage in der nächsten Versammlung zu beraten.

Zu **Greiz** fand am Sonntag eine öffentliche Mauerer-Versammlung statt. Trotz der sehr wichtigen Tagesordnung war der Besuch kein zufriedenstellender. Kollege Gneibel erstattete den Jahresbericht. Die Mitgliederzahl hat sich im vergangen Jahre gehoben und die Kassenverhältnisse haben sich in erfreulicher Weise gebessert. Als Vertrauensmann wurde Kollege Gneibel wiedergewählt. Als Delegierter zum Generalverbandstag wurde Kollege Hager und als Stellvertreter Kollege Ruch gewählt. Alsdann wurden dem Vertrauensmann A. 50 und seinem Stellvertreter A. 10 für ihre Bemühungen bewilligt. Weiter wurde noch eine Kommission gewählt, welche den Kollegen Rechtsauskunft in allen im Wauerer vorkommenden Fragen erteilen soll.

Die Zweigvereine **Gr.-Salze** und **Schönebeck** hielten am Sonnabend, den 10. Januar, im „Stadt-Viertel“ zu Schönebeck eine gemeinsame Versammlung ab, um über die Vereinigung beider Vereine zu beraten. Der Gauvorsitzende, Kollege Koch, hielt das einleitende Referat und beantwortete die Kollegen. Die anwesenden Kollegen waren mit den Ausführungen des Referenten einverstanden; denn ein Verein konnte hier nie eine Tätigkeit entwickeln, ohne sich mit dem anderen in's Einkommen zu legen. Es wurde dann auch beschlossen, einen Verein zu bilden, mit dem Sitz in Schönebeck. Die Vorstandsmitglieder werden so bestellt, daß die Kassenführung beider Orte dreier Kollegen zugeht. Es ist ein fruchtbares Zeichen, daß man hier kaum für Geld und gute Worte ein paar Kollegen findet, die

den „Grundstein“ verdrängen. Als Vereinslokal wurde der „Stadt-Viertel“ bestimmt, da dies Lokal im Mittelpunkt liegt. Da die Meinungen betreffs Wahl eines Delegierten nach Berlin sehr verschieden waren, so wurde beschlossen, innerhalb 14 Tage eine außerordentliche Versammlung einzuberufen, die sich mit dieser Frage beschäftigen soll. Mit der Wahrung, dieses Jahr recht für den Verband zu wirken, wurde die Versammlung geschlossen.

Der Zweigverein **Hirschberg-Gummersdorf** hielt am Sonntag, den 11. Januar, seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Zu Punkt 1 der Tagesordnung wurde vom Kassier der Kassenbericht erstattet. Die Wichtigkeit des Berichtes wurde anerkannt und dem Kassier Decharge erteilt. Als Delegierter zum Verbandstag wurde einstimmig von 63 Anwesenden Kollege Friedrich Matern gewählt. Bei der Auswahl des Vorstandes wurden sämtliche bisherigen Vorstandsmittelglieder wiedergewählt. Im Anschluß daran ermahnte der Vorsitzende, auch in diesem Jahre eine rege Agitation zu entfalten, um die noch fernstehenden Kollegen endlich einmal in unsere Reihen zu bringen. Im Großen und Ganzen scheint die Bauwirtschaft in diesem Jahre eine bessere zu werden, als im vergangenen, da größere Bauten bevorstehen. Es sollen gebaut werden: ein neues Kunst- und Vereinshaus (Kostenanschlag A. 300.000), ein neues Garnisonkaserne (dritte Rate A. 100.000), für den Bahnhofsneubau sind als zweite Baureihe A. 800.000, für eine neue Volkshalle A. 1 Million Mark angelegt. Außerdem verpricht die private Bauwirtschaft eine rege zu werden. Infolgedessen erneuern wir unsere seit zwei Jahren veraltete Forderung. Wir werden alle samt und sonders unsere ganze Kraft einlegen, die Organisation zu stärken und auch mit Energie und Opfermuth zur nächsten Reichstagswahl in den Baukampf einzutreten.

Am 12. Januar fand in Mühlungen, in dem Lokale von G. Schmidt, die diesjährige Generalversammlung des Zweigvereins **Riffingen** statt. Der Vorsitzende Sieber begrüßte die zahlreich erschienenen Kollegen und forderte sie auf, sich immer so an den Versammlungen zu beteiligen. Dann verlas der Kassier die Abrechnung, welche von den Mitgliedern revidiert und für richtig befunden war. Als Vorsitzender wurde Kollege Sieber wiedergewählt. Kollege Deh wurde mit der Führung der Kassenführung betraut. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Kollegen nochmals auf, sich recht zahlreich an der Agitation zu beteiligen und schloß mit einem Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Am Sonntag, 11. Januar, hielt der Zweigverein **Rüna-Nh.** seine regelmäßige Generalversammlung ab. Zunächst gab der Vorsitzende Kollege Böhm einen kurzen Bericht über die Tätigkeit im verflochtenen Jahre. Es haben 24 Mitglieder-Versammlungen stattgefunden, wovon 14 durch lehrreiche Vorträge, besonders interessant ausgefallen wurden. Zwei planmäßige Versammlungen mußten ausfallen, eines wegen Platzmangels und für die andere wurde während eines Streiks eine öffentliche Versammlung abgehalten. Generalversammlungen haben fünf stattgefunden. Ferner sind 17 öffentliche Versammlungen abgehalten worden. Über den planmäßigen Vorstandswahl haben noch 10 außerordentliche stattgefunden, wovon die Vorstände der Zahlstellen mehr oder weniger teilgenommen haben. Der Besuch der Versammlungen war ein ziemlich guter, so daß man wohl annehmen dürfte, auch die hiesigen Maurer hätten mehr eingesehen, daß nur durch festgelegte Organisationen eine Verbesserung der Lebenshaltung zu erzielen sei. Die Agitation konnte in einem weit besseren Maße betrieben werden, als in den Vorjahren. Redner sind soeben noch einmal kurz auf die durch die letzte Lohnbewegung erlangenen Vorteile eingegangen und hob hervor, daß nicht nur der Lohn um 2-3/4 A pro Stunde gestiegen und die Arbeitszeit um 1/2 Stunde verlängert worden sei, sondern der Verdienst hätte sich auch eine achtungswürdige Stellung dem hiesigen Unternehmertum gegenüber verschafft. Es sei Pflicht eines jeden einzelnen Kollegen, das Ertrugene nicht nur festzuhalten, sondern dafür zu sorgen, daß die Lage der Arbeiter auf eine noch weit höhere Stufe gebracht werde. (Beifall.) Hieran schloß sich Johann der Kassenbericht, welchen der Kollege Loth erstattete. Die Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse betragen im letzten Quartal A. 2717,90. Die Lokalfasse hatte eine Einnahme von A. 1900,14, die Ausgabe betrug A. 1227,17, so daß ein Kassenbestand von A. 272,97 vorhanden war; davon sind A. 180 auf der Sperrkasse belegt. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresschlusse 913, davon waren 6 Ausländer (vier Italiener, drei Böhmen); neu eingetretene sind im letzten Quartal 133; ihre Beiträge voll bezahlt hatten 577 Kollegen. Im Rückstand waren mit 1-9 Wochen 301, mit 10-18 Wochen 18 und über 18 Wochen 17 Kollegen. Die Einnahme des ganzen Berichtsjahres betrug A. 16 751,67, davon entfielen auf die Hauptkasse A. 11 618,30, auf die Lokalfasse A. 5168,37. Die Defizitrechnung betrug gegen das Jahr 1901 rund A. 10 000. Dies Defizit wurde von der Versammlung mit Jubel begrüßt. Da die Abrechnung seitens der Redner für richtig erklärt war, wurde auf Antrag derselben dem Kassier Decharge erteilt. In der Diskussion wurde noch besonders darauf hingewiesen, daß auch die Züger sich im Laufe des Jahres dem Zweigverein angeschlossen haben. Sie haben es vorgezogen, durch unermüdete Tätigkeit in einer verhältnismäßig kurzen Zeit die größte Zahl ihrer Kollegen zu organisieren. Durch ihren festen Zusammenschluß und ihre sichere Stütze durch den Zentralverband war es möglich, ohne Streik den Lohn um einige Pfennige zu erhöhen und die Arbeitszeit auf der Mehrzahl der Bauten auf 10 Stunden zu reduzieren. Auch der frühere Plattenlegerverein (Lokalorganisation) hat sich dem Verbande angeschlossen; auch diese werden in nächster Zeit mit den Unternehmern in Konflikt geraten, weil die Unternehmer die Arbeitsbedingungen verschlechtert wollen. Nach Abschluß der Diskussion über den Bericht wurde einstimmig beschlossen, die Arbeitersektariatsmarke mit dem Verbandsbeitrag zusammen zu legen und pro Woche 6 A mehr zu erheben. Der Beitrag für das gemeinsame Institut wird dann aus der Lokalfasse beglichen. Bezüglich der Vorstandswahl wurde angetragen, daß der Zweigvereinsvorstand bezw. geschäftsführende Ausschuss, um den Mitgliedern der Zahlstellen gerät zu werden, aus Maurern, Zügeren und Plattenlegern zusammengesetzt sein möge. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden. Als erster Vorsitzender wurde der Kollege Böhm einstimmig wiedergewählt. Die Kassenführung wurden dem Kollegen Bretter, welcher zugleich als bester Vertrauter wiedergewählt wurde, übertragen. Bretter wurden noch zwei

Kollegen von den Zügeren (Theodor Herz und Wilhelm Wilms) und ein Kollege von den Plattenlegern (Johann Gebergh) in den Zweigvereinsvorstand gewählt. Nach Erledigung einiger Fragen erfolgte Schluß der gut besetzten Versammlung.

Eine öffentliche Versammlung der Plattenleger tagte am 7. Januar im Lokale des Herrn Gompel. Die Mehrzahl der Kollegen war erschienen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am Mittwoch, den 7. Januar, tagende öffentliche Plattenleger-Versammlung protestiert entschieden gegen den von den Unternehmern aufgestellten Lohnarif, weil er bedeutende Verschlechterungen herbeiführt, die die ohnehin schlechten Arbeitsverhältnisse der Plattenleger bis zur Unertaglichkeit steigert. Die Versammlung beschließt, den von ihr aufgestellten Tarif den Geschäften so schnell wie möglich zu unterbreiten und mit allen ihr gesetzlich zu Gebote stehenden Mitteln zur Durchführung zu bringen.“

Der Zweigverein **Meerane** hielt am Sonntag, den 11. Januar, seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Der erste Punkt der Tagesordnung erledigte sich durch die Wahl des Kollegen Otto Schmalz als zweiter Vorsitzender und Kollege Alfred Griner als zweiter Kassier. Darauf wurde die Wahl eines Delegierten zum Verbandstag vorgenommen. Als Kandidat war Kollege Richard Krause in Vorschlag vorgeschlagen und wurde dieser mit 69 Stimmen gewählt. Dann erstattete der Kartelldelegierte Franz Gärtel Bericht über die Tätigkeit des Gewerkschaftsartells. Es ist hervorzuheben, daß es dem Kartell gelungen ist, wieder drei Kategorien von Arbeitern ihren Berufsorganisationen zuzuführen. Eine rege Tätigkeit entfaltet das Kartell am Schluß des Jahres, indem es für die viele Wochen im Kampfe liegenden Zersplitterten und deren Kinder eine Weihnachtsgeldbesorgung veranstaltete. Zu diesem Zweck wurde ein Aufruf an die Arbeiterchaft Deutschlands erlassen, um Mittel für dieselbe zu beschaffen, welche in so reichem Maße floßen, daß diese Besorgung von den Streikenden mit großer Freude aufgenommen und sie dadurch in ihrem gerechten Kampfe ermutigt wurden. Unter „Verschiedenes“ wurde eine Geschäftsordnung für die Versammlungen durchberathen und angenommen und weiter wurde das bisherige Mitglied Richard Schmidt, welcher den Fabrikbesitzern der mechanischen Webereien als Streikbrecher dient, ausgeschlossen.

Am Sonntag, den 11. b. M., hielt der Zweigverein **Wylau** eine Versammlung ab, in welcher Kollege Georg Kunze als Delegierter zum Verbandstag in Vorschlag gebracht wurde. Die Versammlung war sehr schwach besucht. Kunze wurde mit 24 von 85 abgegebenen Stimmen gewählt. Alsdann wurde der jetzige Vertrauensmann wiedergewählt. Hierauf erstattete Kollege Kunze den Bericht über die Jahresabrechnung, die von den anwesenden Mitgliedern für richtig erklärt wurde. Auf Antrag des Kollegen Nisch wurde beschlossen, daß der Jahresbeitrag von 20 A für das Gewerkschaftsartell nicht mehr aus der Lokalfasse, sondern als Extrabeitrag erhoben werden soll. Zum Schluß forderte Kollege Dörfel auf, eine rege Tätigkeit zu entfalten, damit wir eine starke Kampforganisation werden.

Am 10. Januar hielt der Zweigverein **Wühlhausen i. Th.** im „Burg-Keller“ seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab, welche sehr gut besucht war. In den Vorstand wurden gewählt: als erster Vorsitzender Kollege Goffel, als erster Kassier Kollege Steffen. Betreffs der Punkte „Kassenfrage“ und „Delegiertenwahl“ machte Kollege Schenk-Erfurt den Vorschlag, diese Punkte bis zur nächsten Versammlung zu vertagen. Dieser Vorschlag wurde angenommen. Es liegen hier drei Mitglieder auf dem Verbandswege. Die Abrechnung vom 4. Quartal wurde von den Mitgliedern folgte von der Versammlung für richtig befunden und dem Kassier Decharge erteilt.

Am Sonntag, den 11. b. M., hielt der Zweigverein **Oldenburg i. Gr.** eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung ab. Kollege Al. Engel, welcher die Geschäfte als Vorsitzender am Stelle des kürzlich verstorbenen Kollegen J. Sivers bis jetzt geführt hatte, wurde für das neue Jahr einstimmig als Vorsitzender gewählt. Alle übrigen Posten blieben, mit Ausnahme des Schriftführerspostens, in denselben Händen. Bei der Wahl eines Delegierten zum Verbandstage kam es zu einer lebhafteren Debatte; es wurde die Meinung ausgeprochen, daß es nicht schaden könnte, wenn unsere Wahllokalfasse einmal von einem Oldenburger Kollegen vertreten werde, da die ohnehin sehr kleinen Zweigvereine ohne den Delegierten gestellt hätten. Es wurde beschlossen, den Kollegen Al. Engel allen Zweigvereinen unseres Bezirks als gute Kraft schriftlich zu empfehlen. Derselbe wurde hier einstimmig gewählt. Von der Stellung neuer Anträge wurde abgesehen und soll unsern Delegierten nur der Antrag gegeben werden, im besten Sinne für die hiesigen Zweigvereine bei den Abstimmungen und Ausschüssen des Verbandstages zu wirken. Bei dem Punkt „Agitation“ wurde beschlossen, uns mehr als bisher in der Umgebung bemerkbar zu machen durch Abhaltung von Versammlungen, unter wo und Lokale nicht zur Verfügung stehen, durch den Besuch der Kollegen im Hause. Die erste Versammlung soll am Sonntag, den 26. b. M., in Wühlhausen stattfinden.

Der Zweigverein **Werra** hielt am 11. Januar seine Hauptversammlung ab, die sich eines außerordentlichen Besuchs erfreute. Kollege Gerbig erstattete Bericht über die Kassenverhältnisse, welche von den Mitgliedern für richtig befunden wurden. Weiter führte der Kollege aus, daß wir trotz der wirtschaftlichen Krise etwas gewonnen haben, denn im letzten Quartal ist die Mitgliederzahl soweit gestiegen, daß wir in Gruppe eine Zahlstelle hinstellen konnten. Und wenn die Kollegen einigermassen auf dem Boden sind, wird es uns auch gelingen, noch einen Zweigverein zu gründen. Kollege Gerbig wurde als erster Vorsitzender wiedergewählt. Als Delegierter zum Verbandstag wurde Kollege Gerbig gleichfalls gewählt. Dann wurde nach kurzer Debatte folgender Antrag angenommen: Statt wie bisher 30 A für die Geschäftsstelle, werden für die fernere Zeit 40 A bezahlt, und kommt der Beitrag zum Lokalfonds dadurch in Wegfall. Weiter wurden die Kollegen ersucht, sich mehr an unser Lokal zu gewöhnen, denn bis jetzt ist es von unsren Kollegen sehr wenig besucht worden. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Kollegen nochmals auf, die Randagitation nicht zu vergessen.

Der Zweigverein **Eschmum** hielt am Sonntag, den 4. Januar, eine außerordentliche Generalversammlung ab. Als Delegiertenkandidaten zum 7. Verbandstage waren die Kollegen Schmidt in Romaden und Welle in Eilthum aufgestellt. Gewählt wurde Schmidt mit 87 gegen 4 Stimmen. Dann wurde beschlossen, eine Lohnbewegung bis auf 50 A im Frühjahr zu

beantragt und die Arbeit an den Sonnabenden um eine Stunde zu verschieben. In der Vorstand wurden Herr Hohen- schuld als erster Vorsitzender und Herr Winter als Kassierer gewählt. Die Versammlung war gut besucht.

Der Zweigverein Commerfied hielt am 7. Januar eine Mitgliederversammlung ab. Nach Erledigung der laufenden Geschäfte wurde die Wahl eines Delegierten zum Verbandstage vorgenommen. Vorgeschlagen waren die Kollegen Aug. Fabian und Gust. Schmidt; Fabian wurde mit 15 von 18 abgegebenen Stimmen gewählt. Dann wurden die Kollegen vom Kassierer ermächtigt, die rückständigen Beiträge baldmöglichst zu bezahlen, damit die neuen Mitgliedsbücher ausgefertigt werden könnten. Festgesetzt wurde, Futterale für die Mitgliedsbücher anzuschaffen. Der „Grundstein“ soll von jetzt ab durch die Hilfskassierer verbreitet werden.

Die Jahreshilfsspendenabende hielt am 6. Januar ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Dem Geschäfts- und Kassier- bericht erstattete Kollege Degener. Er führte an, daß der Verein im verflochtenen Jahr 29 Vorstandswahlungen, 14 Mitglieder- versammlungen und eine öffentliche Versammlung abgehalten hat. Der Erfolg der Versammlungen war im Durchschnitt zufriedenstellend. Genossenschaft wurde im Durchschnitt 18 Kollegen; davon wurden 11 aus der Haupt- und 8 aus der Lokalfiliale unterrichtet. Beschlüsse wurden im Vorjahre 3 Mitgliedern ge- währt. Ferner wurden 4 Bausenkennoten vorgenommen. Sodann verlas der Kassierer die Abrechnung des 4. Quartals, welche von den Revisoren für richtig befunden war. Der Kassierer wurde entlastet und für seine Bemühungen mit 45 Z. ent- schädigt. Auch dem Vorsitzenden wurde für seine Tätigkeit im vergangenen Jahr 40 Z. bewilligt. Hierauf erfolgte die Vor- standswahl. Alsdann machte der Vorsitzende die Namen der Hauskassierer bekannt. Als Delegierten für den Verbandstage wurden vorgeschlagen: Lemme, Wille, Degener und Wiber. Degener wurde mit 64 von 65 abgegebenen Stimmen gewählt. Hiernach wurde beschlossen, den Kartellbeitrag zum Lokalfiliale zu bezahlen, um dadurch den Hauskassierern die Arbeit zu erleichtern. Im Weiteren forderte er die Kollegen auf, dem Arbeitergehilfenverein „Gehilfen“ beizutreten. Sodertzt erlauchte die Kollegen bringen, dem politischen Arbeiterverein beizutreten. Zum Schluß erwähnte Degener die Kollegen, den Hauskassierern innerlich Schwierigkeiten zu bereiten und ihnen die Arbeit mög- lichst zu erleichtern.

Am Sonntag, den 11. Januar, fand in Stargard, im Lokale des Herrn Wiese, unsere erste diesjährige Mitglieder- versammlung statt. In den Vorstand wurde Kollege Wadom als erster Vorsitzender und Kollege Wadom als erster Kassierer wiedergewählt. Als Delegierter zum Verbandstage wurde Kollege Sabom einstimmig aufgestellt. Hierauf erstattete der Vorsitzende einen Bericht auf das verflochtenen Jahr. Er betonte haupt- sächlich, daß im vergangenen Jahre lange nicht genug ge- schehen sei, um die Stargarder Kollegen in den Verband hinein zu bringen und zu zielbewußten Wirklingsen zu erziehen. Leider muß gesagt werden, daß größtenteils die fremden Kollegen schuld daran sind; kommen sie wirklich als organisierte Kollegen hier zugereist, so lassen sie sich, wenn sie Arbeit erhalten haben, bald von den Partikularern dem Handwerker beizutreten, und alle guten Vorläufe, die sie in anderen Vereinen unseres Verbandes in sich aufgenommen haben, sind dahin. Es darf aber auch nicht ver- schwiegen werden, daß die hiesigen Mitglieder unseres Ver- bandes in der Agitation nicht immer ihre Pflicht getan haben. Jeder muß stolz darauf sein, und immer mehr Mitglieder zuzuführen. Weiter erwähnte der Vorsitzende die Kollegen, sich auch mehr im politischen Leben umzubewegen und sich besser an der politischen Arbeiterbewegung zu beteiligen, da dies doch nur zu unser aller Wohl gereiche. Mit einem dreifachen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung und unter Abingung des Liedes: „Auf, Kollegen, zum Verbands“, erfolgte der Schluß der Versammlung.

Am Sonntag, den 4. Januar, fand in Uckermarkmünde im Lokale des Herrn Springer unsere Mitgliederversammlung statt, welche den gewohnten Verhältnissen nach gut besucht war. Im ersten Punkte der Tagesordnung erlosch ein sehr lebhafter Debatte über das Verhalten der Unternehmer, denn der Meister Ritter hatte, als die Arbeitsgelegenheit schlecht wurde, logisch den Lohn von 35 auf 22 1/2 Z. reduziert. Die Lohnkommission erhielt den Auftrag, den Unternehmern schriftlich mitzuteilen, daß die Arbeiter sich die Lohnabgabe nicht gefallen lassen könnten und mit aller Kraft dagegen eintreten würden. Nach Erledigung dieser Angelegenheit verlas der Kassierer die Abrechnung des 4. Quartals sowie die Jahresabrechnung der Lokalfiliale. Beide Abrechnungen wurden von den Revisoren für richtig erklärt; dem Kassierer wurde Zeugnis erteilt. Kollege Leu erwähnte sämtliche Kollegen, besser denn je für den Verband einzutreten und dafür zu sorgen, daß die Versammlungen besser besucht würden, um die säumigen und noch fernstehenden Kollegen zur besseren Einsicht zu bringen. Außerdem wurden die Wahlen vollzogen und noch einige interne Angelegenheiten erledigt.

Der Zweigverein Welkenhagen hielt am Sonntag im Lokale des Herrn Schmitt, Königsdamm, ihre Mitgliederversammlung ab, welche gut besucht war. Der Vorsitzende erstattete Bericht von der Vertreterwahl, betreffend Wahl eines Delegierten. Als solcher ist Kollege Gerhard gewählt worden. Hierauf folgte die Wahl des Vorstandes. Franz Gerhard wurde als Vor- sitzender und Gustav Friedrich als Kassierer gewählt. Die Ab- rechnung vom 4. Quartal wurde vom Kassierer verlesen und von den Revisoren bestätigt. Beschlüsse wurden, daß dem Kollegen Marschall infolge seines Vernehmens fern Ehrenamt übertragen werden soll. Hierauf erfolgte die Vertreterwahl vom Gewerkschaftskomitee und die Wahl des Delegierten zum Kartell.

Der Zweigverein Wittenberge hielt am 6. Januar seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die ausnahmsweise gut besucht war. Der Kassierer erstattete den Bericht vom 4. Quartal und den Jahresbericht. Nach Festlegung der Mitglieder durch die Revisoren wurde der gesammten Versammlung-Entlastung erteilt. Aus dem Jahresbericht ist hervorzuheben: Die Mit- gliederzahl betrug am Schluß des Jahres 120. Versammlun- gen haben 28 Partikularen, darunter 2 öffentliche. Ueber Rückstände berichtete der Kassierer, daß ein Kollege infolge Krank- heit wohl nicht in der Lage ist, Alles zu bezahlen, aber daß er verprochen hat, seinen Rückstand nachzukommen. Ein anderes Mitglied ist mit Hinterlassung von Beitragsrückständen ver- schieden und soll aufgefunden werden, seine Schulden zu be- zahlen. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Die Entlastung desselben blieb wie vorher. Zwei Delegierten- wahl zum Verbandstage wurde Kollege Carl Schmidt als Kandidat aufgestellt. Die Anträge zum Verbandstage wurden auf Antrag bis zur nächsten Versammlung verschoben. Als Lokalporteur für die in der Stadt wohnenden Mitglieder wurde

Kollege Frahm gewählt, für die auf dem Lande wohnenden Mitglieder übernahm der Kassierer die Verbreitung des „Grund- stein“.

Der Zweigverein Wollensbittel hielt am 4. Januar seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche gut besucht war. Die Vertreterwahl der Jahresabrechnung durch den Kassierer fand Anerkennung. Dann erfolgte die Neuwahl des Vorstandes. Bezüglich Arbeitsangelegenheit wurde mitgeteilt, daß Maurer- meister W. A. B. nicht den tarifmäßigen Lohn von 48 Z. zahlt; einige Kollegen erklärten, sie bekämen nur 40 Z. Der Meister meint, es sei Winter und jeder frei-los, Arbeit zu haben. Er will glauben machen, er handle human, wenn er die Leute überhaupt arbeiten lasse. Aber die Maurer wollen es nicht dulden, sofort mit dem Meister zu verhandeln. Sollte er sich weigern, den tarifmäßigen Stundenlohn von 48 Z. zu zahlen, müsse der Bau gestoppt werden. Ferner wurden die Kollegen ermächtigt, auch in Zukunft treu und fest zum Verbands- tag zu halten.

Am 6. Januar d. J. hielt der Zweigverein Wreschen eine Mitgliederversammlung ab, in welcher Kollege B. Schulz-Vogel referierte. Es wurde beschlossen, folgende Forderungen an die Unternehmer zu stellen: Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stun- den; Auslieferung aller Arbeiten im Frühsommer bei einem Stunden- lohn von 40 Z.; für Wasser- und Feuerungsarbeiten, sowie für bringende Lieferungen einer Zulage von 5 Z. pro Stunde; Lohnzahlung auf der Baustelle vor Fortabend; Erhaltung von Baustaub und Kloaken, menschenwürdigen Verhältnissen ent- sprechend. Diejenigen Kollegen, welche noch mit ihren Beiträgen rückständig sind, sollen nunmehr baldmöglichst ihre Rückstände be- zahlen. Ferner werden die Kollegen gebeten, in den folgenden Versammlungen bis auf den letzten Mann zu erscheinen.

Der Zweigverein Zielentz hielt am 4. Januar seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende er- stattete den Quartals- und Jahresbericht. Sodann berichtete er den Versammlungsberechtigten in Nr. 81 des „Grundstein“ davon, daß die beiden Verbandskollegen Ferdinand Klau, Wust-Nr. 84 625, und Heinrich Lehmann, Wust-Nr. 11 299, keine Arbeit in Ham- burg verrichten. Ihre Mitglieds- bücher waren in guter Ordnung, wie sie sich in Zielentz ange- meldet haben. Es wurde von einem Kollegen schriftlich hervor- gehoben, daß die beiden Kollegen doch nicht hätten nach Ham- burg machen sollen, weil doch der Ort nicht freigegeben ist. Im Punkte „Rückstände“ wurde von einigen Kollegen der Wunsch ausgesprochen, eine Zeitschrift der Zentralanstalt an drei zu gründen. Der Vorsitzende unterrichtete die Aus- führung und forderte im Weiteren auf zur Mitarbeit, damit die Läden, die im vorigen Jahre unserm Zweigverein gefällig sind, wieder ausgefüllt werden. Wenn das geschieht, dann sind wir auch fast genug, eine Zeitschrift der Zentralanstalt zu gründen.

Donn Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Berlin. Von einem Balken erlagenen wurde am 9. Januar der 21 Jahre alte Zimmermann Paul Enders, der einzige Sohn eines Arbeiters. Der junge Mann trug mit einem Anderen auf einem Neubau in der Panstraße Balken ab, die sehr lang und stark waren. Hierbei stolperte er so un- glücklich, daß er hinfiel und ein Balken ihm den Kopf einschlug. Der Unglückliche war sofort tot.

Wraunschweig. Beim Verbinden von Trägern auf dem Theaterbau fiel am 17. Januar ein mit Schloßarbeiten beschäftigter Arbeiter aus einer Höhe von acht Metern zwischen Gerüste. Der Verunglückte trug schwere Verletzungen davon und wurde benutzlos nach dem Krankenhaus gebracht. Die Arbeiter werden von einer Berliner Firma ausgeführt, die zum großen Teil ungelernete Arbeiter mit der Ausführung der Schloßarbeiten betraut. Der beim Zimmermeister Göde beschäftigte Zimmerparlier Fröh Wolleneier wurde am Bau des Unternehmers Gite an der Continenstraße von einem ab- stürzenden Balken so schwer getroffen, daß er einige Tage darauf an den Verletzungen starb. Die Zimmerer waren beim Verlegen der dritten Balkenlage, der Balken war bereits oben angelangt, als er aus dem Tau herausrutschte. Der Verung- lückte führte das Brittan. Nachdem das Unglück geschehen war, wußte man mit einem Male, wie derartige Unfälle ver- hütet werden können; nunmehr wurde, was von vornherein hätte geschehen sollen, durch Einschlagen einer Klammer in die Balken das Ausfallen verhindert.

Wremen. Am dem Neubau des Unternehmers Blante, Tietzer, sollte am Montag, den 12. d. M., die Winde abgenommen werden. Hierbei fiel ein Brett aus der Höhe von 15 Metern herab und traf den unten beschäftigten Bauarbeiter am Kopf. Der Schwerkverletzte mußte ins Krankenhaus geschafft werden. An seinem Aufkommen wird zweifelhaft.

Cöln a. Rh. In einem Neubau am Königsplatz brach am 7. Januar eine zu Gerüstzwecken verwendete, ungeachtet liegende Leiter durch, als zwei Leute mit schweren Steinlasten darauf standen. Beide stürzten etwa drei Meter tief hinab, erlitten aber glücklicherweise keine Verletzungen. — In demselben Tage, oder vielmehr d. 8. d. M. (1), fiel in einem Umbau eines Restaurants in der Konradstraße ein Betonarbeiter von einem Gerüst und erlitt schwere Verletzungen. Der Verunglückte wurde von der Feuerwehr nach dem Bürgerhospital gebracht. — In der Schallstraße in Lindeulthal beim Unternehmer Hassel (Zweigenunternehmer Hamacher) brach am 8. Januar ein Gerüst durch. Ein Maurer und zwei Hilfsarbeiter stürzten drei bis vier Meter tief hinab und zogen sich erhebliche Verletzungen zu. Der Maurer erlitt schwere Verletzungen an einer Schulter und am Kopf, der eine Hilfsarbeiter erlitt einen Fußbruch und Kopf- verletzungen. Der Dritte kam mit leichten Fußverletzungen davon. Dieser Unfall hätte nicht geschehen können, wenn hier ein vorfahrlässiger Schutzgerüst gewesen wäre. Es mangelt hier fast an Gerüstholz. In Anbetracht der Unfallsanfälligkeit in einem so kurzen Zeitraum weist die Mein. Ztg. mit Recht darauf hin, daß solche Unfälle zum Teil von den Arbeitern selber verursacht werden. Das Gerüstbaun wird bei Arbeits- arbeiten in der Regel nicht besonders beachtet; unvollkommen er- folgt der Aufbau meist nur mangelhaft und es wird Material benutzt, das den hohen Anforderungen keineswegs genügt. Im Grunde ist ja der Unternehmer auch hier der eigentliche Ver- ursacher, aber wenn die Arbeiter mehr, als es oft der Fall ist, auf die Erhaltung von Leben und Gesundheit bedacht wären,

würden sie wahrscheinlich diesen Punkte größere Aufmerksamkeit zuwenden. Man soll auf die strenge Einhaltung der zum Schutze der Bauarbeiter erlassenen Vorschriften nicht erst achten, wenn ein Unfall vorgefallen ist, und auch nicht nur dann, wenn die ganze Schuld dem Unternehmer aufgebürdet werden kann. Der Arbeiter soll ein stark ausgeprägtes Selbstbewußtsein und Verantwortlichkeitsgefühl besitzen, und das soll er zu allererst in seiner gewöhnlichen Tätigkeit befunden.

Greifeld. Bei Beschäftigungsbearbeiten in der Mitterstraße stürzte am 9. Januar das Gerüst zusammen. Mehrere Arbeiter vermaßen sich zu retten, dagegen fand der Arbeiter Anton Greb unter den einbrechenden Erdbausen seinen Tod. Der Verunglückte ist Familienvater.

Färish. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am 15. Januar, Vormittags, im neuen Stadthaus. Von einem auf der Höhe errichteten fliegenden Gerüst stürzten drei Arbeiter infolge Brechens einer Hängestange ab. Sie erlitten sämtlich schwere Verletzungen, die in Schenkel- und Schädelbrüchen be- stehen.

Heidenau i. S. Am 16. Januar verunglückte auf dem Neubau von Graf & Baumann der Maurer Ludwig Ebermann dadurch tödlich, daß er drei Meter hoch abstürzte und mit dem Kopfe auf einen Stein aufschlug. Frau und Kinder betrauern den Tod ihres Ernährers.

Wannsee. Ein flüchtig gebauter Neubau, der nahezu bis zum Dach (Höhe) fertig war, ist am Dienstag voriger Woche, gegen Abend, im Innern zusammengefallen. Menschen sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen, denn die Arbeiter bemerkten rechtzeitig die Anzeichen des Zusammen- bruchs und verließen sogleich das Bauwerk. Es ist einer von den moderneren Bauten, wo im Partee das Mauerwerk durch Eisen ersetzt wird. Die Schuld wird nun auf die über- mäßige Belastung des Holzgerüsts durch Baumaterialien geschoben. Auf der Arbeiterseite im Treppenhause sollen 12 000 Mauersteine und ein ganzer Berg mit Säden voll Zement aufgeschichtet gewesen sein. Diese Überlastung haben die Unternehmer (natürlich) bestritten, aber merkwürdigerweise ist noch immer mehr Material hineingekommen worden, ohne daß die Unternehmer oder der Arbeiter etwas davon gemerkt haben. Die Feuerwehr war sofort zur Hilfeleistung herbeigeeilt, konnte aber nicht viel mehr thun, als die Gerüste abzuräumen, da ein Versuch, die noch mit Einsturz drohenden Mauerreste und Träger zu stützen, lebensgefährlich erschien. Von der Bau- leistung wird der Einsturz als ein unerschütterlich geschildert. Der Architekt des Hauses heißt Meyer; die Unternehmer, Dasse und Lutz, gehören der Zunft nicht an, worüber die Be- fähigten keine geringe Freude haben dürften.

Wannsee. Im vergangenen Sommer wurde mit dem Bau eines großen Hotels begonnen. Das Haus ist bereits im Hohen fertig geworden und auch das Dach zierlich schon den Architekt. Maurer aus Kassel waren bereits mit den Vorarbeiten beschäftigt. Am Mittwoch, den 7. Januar, haben die Arbeiter einen ständigen Blitz an einem Arbeiter, auf dem drei schwere Träger lagen, welche die oberen Balken zu tragen hatten. Die Arbeiter machten den gerade erkrankenen Architekten darauf aufmerksam und drohte ordnete sofort die Abstellung der Träger an, um größerer Gefahr darunter zu bringen. Ob dies geschehen ist, darüber lag unser Berichterstatter nicht. Freitag Nacht, gegen 12 Uhr, stürzte plötzlich die 15 m lange Kasse der Front unter donnerähnlichem Krachen in sich zusammen. Glücklicherweise ist kein Mensch ums Leben gekommen. Wäre das Unglück während der Arbeit ge- schehen, so wären alle Arbeiter verloren gewesen und manche Familie in grenzenloses Unglück gestürzt worden. Das Schicksal der Arbeiter ist unter den Trümmern begraben.

Wannsee. Im Submissionswesen. (Straßenkassen im Wettbewerb mit den Unternehmern). In dem Unternehmern „Der deutsche Eisenerzwerker“ ist zu lesen, daß die Strafkassen in wissenschaftlich sich am Wege des Submissionsverfahrens um die Lieferung von Eisenarbeiten für den Neubau eines Gymnasiums beworben hat. Eine Dres- dener-Firma forderte M. 10 767 und die Strafkasse M. 5422,50. Wer aber glaubt, daß die Anstalt nun den Finger richtig darauf hätte, irrt sich; die Unternehmung in R o i a r t. B. hätte nicht ein Lebriges gefast und niedrigere Preise angefragt, als die Gefängnisverwaltung. Wie viel die Differenz betrug, geht aus dem Bericht nicht hervor.

Aus Unternehmernkreisen.

* Die Holzindustriellen aus dem Kreise Oberberg (Märk.) machen die angebotene Eröffnung rückgängig. Einen verbieten Anfall haben die Meister der Holzgerüstwerke er- litten, die, wie wir in der Nr. 2 unseres Blattes berichteten, ihre Arbeiter zwingen wollten, keiner Organisation anzugehören. Dieser „Anfall“ wurde von den Arbeitern richtig eingeschätzt und zog eine gewaltige Bewegung, weit über die Grenzen der Industrie hinaus, nach sich. In mehreren größeren Protest- versammlungen wurde den Unternehmern die Antwort der Arbeiter erteilt. Innerhalb einiger Wochen war die genannte mit aller Mühe und Bemühenheit den 15. Januar. Angesichts dieser Thatfachen hielten es die Herren Industriellen denn doch wohl für ratsam, sich nochmals die Sache zu überlegen. Sie beriefen zu Sonnabend, den 10. Januar, eine außerordentliche Sitzung ein, deren Resultat nachstehender Beschluß ist, der zur Kenntnis der Arbeiter gebracht wurde.

Derselbe i. d. M., den 10. Januar 1903. Nach Änderung einer früheren Zahl einseitiger (1) Arbeiter, welche sich durch unsere Erklärung vom 22. Dezember 1902 in eine Zwangslage versetzt zu sehen glauben, haben wir uns bewegen gelassen, den Beschluß vom 22. Dezember 1902 aufzugeben; wir wollen also die Weiterbeschäftigung unserer Arbeiter vom 15. Januar ab als lediglich von dem weiteren Verhalten der Arbeiter selbst abhängig machen.

Der Verein der Industriellen und sonstiger Arbeitgeber von Oberberg und Umgebend.

Aus anderen Berufen.

* Die Sammler von Ackerböden sollen von ihren Herren „Arbeitgebern“ mit einer Lohnreduktion bedacht werden, und zwar bemühen sich die Fabrikanten auf die wahrheitsgemäß eintretende Verminderung ihres Profits infolge Abnahme des R o i a r t. B. Die Arbeiter sollen also doppelt getraut werden. Die Lohnreduktion soll 15 bis 20 p. Ct. betragen. Seit einigen Monaten schon wagt sich in der Sammlerbranche der wirtschafts-

